

Bezugspreis:

Wochenblatt 675 Mk. monatlich 210 Mk. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich ...

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokratischer Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 21. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Aufhebung der Hungerblockade.

Bisher 114 Sozialdemokraten und 19 Unabhängige gewählt.

Hann., 21. Januar. Holländisch Ricebureau meldet ...

Die Friedenskonferenz wird eine Kommission ernennen ...

Die Blockade ist mit Rücksicht auf die Nahrungsmittelknappheit ...

Entgültige Ergebnisse.

Berlin, 21. Januar. Nach den vorläufigen nichtamtlichen Meldungen ...

Teltow-Beeskow.

Bisher wurden abgegeben: Ober 313 600, Zubeil 135 025.

Niederbarnim.

Wissel 33 096, Grühl 63 119, Bodnide 30 034, Wehrens 19 260.

Aus dem Reiche.

Rhein.

Das vorläufige Wahlergebnis für Rhein beträgt: S. P. D. 115 615.

Köln.

Nach dem endgültigen Wahlergebnis für Köln haben S. P. D. 13 131.

Ost-Sachsen.

Das vorläufige Gesamtergebnis für den 28. Wahlkreis Ost-Sachsens ...

Damit sind nach vorläufiger Feststellung im 28. Wahlkreis ...

Breslau-Stadt.

(Amtliches Wahlergebnis): Es erhielten S. P. D. 161 076.

Frankfurt a. Main.

(Teilergebnis aus 232 Bezirken, 10 kleinere Bezirke ...)

Bremen-Stadt.

(Endergebnis der 120 Bremer Bezirke): S. P. D. 69 489.

Oppeln.

(Vorläufiges Endergebnis): S. P. D. 216 897 (3 Abgeordnete).

Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck. (Endergebnis: Es fehlte nur der Kreis Oldenburg.)

Hannover-Hildesheim, Lüneburg, Braunschweig. (Vorläufiges Wahlergebnis): Es fehlten noch 72 Bezirke.

Niederbayern-Oberpfalz.

(Vorläufiges Wahlergebnis): Es entfielen: 5 Sitze auf die Bayerische Volkspartei.

Sachsen.

29. Wahlkreis. Gewählt sind: S. P. D. 2, Vinkau-Beipzig.

30. Wahlkreis. S. P. D. (Kositz) 513 744 (8 Abgeordnete).

Rheinpfalz.

Nach vorläufigen Ergebnissen aus den drei rheinpfälzischen Wahlkreisen ...

Urnberg, westl. Westfalen.

Vorläufiges Ergebnis aus dem 18. Wahlkreis (Regierungsbezirk Arnberg): Unabhängige 92 909.

Thüringen.

36. Wahlkreis: S. P. D. 365 866 (8 Sitze), Demokraten 238 519 (4 Sitze).

Berlin als Industriestadt.

Von Hans Dominik.

Ist Berlin auch weiterhin als Industriestadt lebensfähig ...

Berlin besitzt keinerlei Bodenschätze, die unmittelbar den Anstoß zu irgend einer Industrie geben könnten.

Zwei Gründe sind es vornehmlich, welche die Berliner Industrie so lange gestützt und lebensfähig gemacht haben:

Der an erster Stelle genannte Umstand verdankt seine Entstehung gewissermaßen der historischen Entwicklung Berlins.

Schon längst reichten nun für die neuankommenden Werke die alten einoclassenen Handwerkerfamilien nicht mehr aus.

das unter dem alten Obrigkeitssaat der Fall war. Die besten Ausschüsse hat dann die Partei, die den längsten Atem hat, deren Anhänger aus treuester und gewissenhaftester ihren finanzbürgerlichen Pflichten nachkommen. Weniger denn je hat also die sozialdemokratische Partei ein lofer Hauten sein, der sich nur ab und zu in längerer Zeit unter einer gemein samen Aarbe berechtigt, um dann wieder auseinanderzulaufen. Wir müssen fest zusammenbleiben, und der nächste Sonntag muß uns wieder an der Arbeit sehen!

Weimar Sitz der Nationalversammlung.

Die Reichsleitung hat den Beschluß gefaßt, die Nationalversammlung in Weimar tagen zu lassen.

Die Seinde, die zu diesem für Berlin so außerordentlich wichtigen Beschluß führten, sind bekannt. Die Reichsleitung trägt sich dafür verantwortlich, daß die Nationalversammlung, der die ungelohnte Aufgabe des Renaufbaus zufällt, unter allen Umständen ungestört tagen kann. Die Erfahrungen, die man mit dem Kongreß der A- und S-Mitglieder gemacht hat, vor dessen Hause die Demonstrationen zösten und in deren Beratungsaal die Deputierten mit dikatorischen Forderungen eintrugen, sprachen gegen Berlin. Der wahlunfähige Spartakuskreis, deren Niederwerfung notwendig war und nur mit schmerzlichen Opfern erreicht werden konnte, hatte die gegen Berlin sprechenden Gründe noch meistentlich verdeckt.

Wir bedauern im Interesse Berlins den Beschluß der Reichsleitung aufs tiefste. Das einzige, was uns mit ihm ausblöhen kann, ist der Umstand, daß es sich keineswegs um eine dauernde Verlegung des Reichszentrums aus Berlin handeln kann. Das die Gefahr einer solchen Verlegung nachgerückt ist — obwohl sie von der jetzigen Regierung nicht beabsichtigt ist — soll man allerdings nicht verkennen. Die arbeitende Bevölkerung Berlins wird einsehen müssen, daß sie sich ins eigene Fleisch schneidet, wenn ein Teil von ihr durch Molech vor Bekennnis zur Demokratie und durch Neigung zu dikatorischen Gewaltmaßnahmen den guten Ruf Berlins untergräbt und seine Stellung als Reichshauptstadt gefährdet.

Die provisorische Neuregelung der Kommandogewalt.

Ein Erlass der Regierung, der morgen publiziert wird, wird die verlässliche Kommandogewalt im Friedensheere, die Bestimmungen über die Angabe und Rangabzeichen der Vorgesetzten, die Regelung des Grußes in der Armee und die Wahl von Mannschaften in Offiziersstellen ordnen.

Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer.

Bereits während des Krieges ist die Frage der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer in ihre alten Betriebe lebhaft erörtert worden. Man hat damals die verschiedensten Wege zu diesem Ziel vorgeschlagen. Eine Verordnung vom 4. Januar 1919 ist unternommen und dieser Verordnung entsprochen worden.

Daneben hat jeder gewerbliche Unternehmer, der — wenn auch nur zu zeitweiligen Jahreszeiten — mehr als 20 Arbeiter beschäftigt, einen Kreis aller Kriegsteilnehmer zu bestehen, welche bei Ausbruch des Krieges in seinem Betriebe als gewerbliche Arbeiter beschäftigt waren oder damals ihrer gesetzlichen Dienstpflicht genügt und vorher bei ihm in Stellung waren, schließlich auch diejenigen, die bei Kriegsausbruch noch schulpflichtig waren, dann bei ihm eintraten und von dieser Stellung aus einbezogen wurden. Einige Bedingungen der Wiedereinstellung ist, daß die bereits Kriegsteilnehmer sich binnen 14 Tagen — vom Inkrafttreten der Verordnung an gerechnet — also

bis zum 23. Januar, die übrigen binnen zwei Wochen nach ihrer Entlassung bei ihm melden.

Seine übrigen Arbeiter hat der Unternehmer weiter zu beschäftigen.

Die gleiche Vorschrift gilt für alle Staats- und Gemeindegewerbe, die, falls mit der Absicht der Gesamterhaltung betrieben, als gewerbliche Betriebe anzusehen wären.

Es müßte darauf, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage die absolute Zurückführung obiger Grundzüge vielen Unternehmern nicht zumutbar werden kann, ist solchen Unternehmern gestattet, ihre Arbeiterzahl entsprechend einzufürzen, indem sie Arbeiter entlassen. Doch soll bei der Berücksichtigung der Vertriebsverhältnisse der 8. Stundentag und als unterste Grenze eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden eingehalten werden.

Über die zur Entlassung kommenden Arbeiter hat sich der Unternehmer mit dem Arbeiterausschuß zu verständigen. Die Vereinbarung heißt gewisse Vorteile über die Anzahl der zu entlassenden Arbeiter auf. Zu berücksichtigen sind danach Lebens- und Diensthälter der Arbeiter, Familienstand, Unterhaltspflicht, frühere anderweitige Beschäftigung, Verlust von einem anderen Ort; Kriegskriegsbedingte sind besonders zu berücksichtigen. Schwer Erkrankte, Invaliden und schwer Unfallverletzte, die eine Rente von mehr als 50 Prozent erhalten, dürfen, bis die in Vorbereitung befindliche Verordnung über den Beschäftigungsweg der Schwerbeschädigten erlassen ist, nicht entlassen werden.

Als Abdingungsfrist für Entlassungen von Arbeitern ist eine Frist von 14 Tagen vorgeschrieben. Besondere finanzielle Überlegungen sind für Arbeiter vorgesehen, die in ihre Heimat zurückkehren (freie Fahrt, Abfahrgeld). Inwieweit von dieser vorgeschriebenen Abdingungsfrist sind die gesetzlichen Gründe für eine zeitweilige Lösung des Vertrages, doch ist Kohlen- und Rohstoffmangel ausdrücklich als wichtiger Grund zur Abdingung im Sinne des Gesetzes anzusehen. Inwieweit an die Vereinbarung vom 23. 12. 1918 über „Tarifverträge usw.“ ist auch dem Demobilisationskommissar die Befugnis delegiert, einen Tarifvertrag, der in seinem Bezirk überwiegende Geltung erlangt hat, für allgemein verbindlich zu erklären. Das Gleiche kann durch Festsetzung des Reichsarbeitsamtes festgelegt werden. Den Schlichtungsausschüssen der erwähnten Verordnung vom 23. 12. 1918 ist es und die Zuständigkeit zur Entscheidung darüber beigelegt, ob der Unternehmer Arbeitskräfte und bisherige Arbeiter zu beschäftigen hat, und was man neben den unmittelbaren beteiligten Personen auch der Demobilisationskommissar die Aufsicht im Entscheidungsbereich ausüben soll. In jeder Weise soll der Schlichtungsausschuß bei der Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitwirken. Bei dem Schlichtungsverfahren ist dem Demobilisationskommissar eine besondere Funktion beizulegen, er ist beauftragt, einen Schlichtungspruch, dem die Parteien sich nicht unterwerfen, für verbindlich zu erklären und hierbei selbst die einzustellenden und die weiter zu beschäftigenden Arbeiter zu bestimmen.

Wiedam gelten zwischen Unternehmer und Arbeiter Arbeitsverträge als abgeschlossen, die den Inhalt des Schlichtungspruchs und, soweit dieser eine Regelung nicht vorweist, den Arbeitsverträgen gleichartiger Arbeiter des Betriebes entsprechen.

Der Obersten Dienstleitung wird nach ihrer Überführung nach dem Osten der gesamte Grenzschutz unterstellt werden, ferner wird die Dienstleitung der weiteren Abtransport der Osttruppen nach Auflösung des östlichen Armeeoberkommandos in die Hand nehmen. Voraussichtlich wird Königberg Sitz der Obersten Dienstleitung werden. (26.)

Gewerkschaftsbewegung

Warum eine neue Organisation?

Vor einigen Wochen hat sich unter dem Namen „Angestelltenverband der Gummi- und Kautschukindustrie“ eine neue Organisation gebildet, welche die Lage der in dieser Branche Beschäftigten verbessern, also gewerkschaftliche Aufgaben erfüllen will. Es gibt zwar schon längst eine Gewerkschaft, welche die Interessen der in der Gummi- und Kautschukindustrie Beschäftigten wahrnimmt. Das ist der Verband der Gutarbeiter. Aber die neue Organisation glaubt mehr leisten zu können, als der Gutarbeiterverband für die sehr schwer organisierten Arbeiterinnen des Gummi- und Kautschukbisher leisten konnte. Er will — das ist etwas ganz Neues in der gewerkschaftlichen Bewegung — die kaufmännischen und gewerblichen Angestellten, also Kontorpersonal, Verkaufsfrauen, Buchhalterinnen usw. in einer Organisation zusammenfassen. Das ist zwar ein gutes Zeichen, von Solidarität zwischen kaufmännischen Angestellten und Arbeiterinnen; ob es aber zweckmäßig ist, das ist eine andere Frage.

In einer Versammlung, die der Angestelltenverband der Gummi- und Kautschukindustrie am Montag im „Reingold“ abhielt, erklärte Kästel, der Leiter der Berliner Filiale des Verbandes der Gutarbeiter, diese Zusammenfassung des kaufmännischen und gewerblichen Personals in einer Organisation als unangemessen und der Erfüllung gewerkschaftlicher Aufgaben hinderlich, weil die Arbeitsbedingungen der Handlungsgeschäften von denen der Gutarbeiter so verschieden seien, daß es nicht gut anzuhaben würde, die Interessenvertretung der beiden Kategorien ein und derselben Organisation zu übertragen. Weiter wies Kästel darauf hin, daß der Gutarbeiterverband unter seinen Mitgliedern eine große Zahl von Arbeiterinnen des Gummi- und Kautschukbisher hat. Wer die Interessen dieser Arbeiterinnen vertreten sollte, der sollte sie der bestehenden Organisation zuführen, anstatt eine neue Organisation zu schaffen. Davon wollten aber die Vertreter des Angestelltenverbandes nichts wissen. Sie glaubten auf dem von ihnen eingeschlagenen Wege zum Ziel zu kommen.

Es scheint übrigens, als ob sich der neue Verband, wie schon der Name erkennen läßt, auf die Angestellten — das kaufmännische Personal, die Direktoren und tüchtigen Kassierinnen — stützt, während ihm die große Masse der sehr schlecht entlohnenden Arbeiterinnen — wenigstens bis jetzt — fernbleibt.

Unter einem Mißstand im Fernverkehr

Der Firma Siemens u. Halske hat die dort beschäftigten Arbeiter Schwierigkeiten zu leiden. Die uns ein dort beschäftigter Arbeiter berichtet, wurden die Löhne bisher immer an den Donnerstagen bezahlt, so daß 3 Tage Lohn stehen blieben. Jetzt aber hat es sich so eingebürgert, daß der Lohn erst am nächstfolgenden Sonnabend bezahlt wird. Die Lohnzahlung für die Woche vom 6. bis 11. Januar erfolgte sogar erst am 20. Januar. Wenn man bedenkt, daß eine große Anzahl Arbeiter erst in den Monaten Dezember und Januar vom Militär entlassen und völlig mittellos ist, so muß man sich fragen, weshalb die Firma eine solche Einrichtung getroffen hat. Hoffentlich man versucht, dahinter ein bestimmtes System zu vermuten, und unter den Arbeitern ist die Meinung verbreitet, daß die Firma durch die längere Verzögerung der Löhne die 16 Proz. Zuschlag, die sie zahlt, dadurch wieder herausholen will.

Der Einzelverdienst: Ich muß leider zugeben, daß diese immer später werdenden Lohnzahlungen unter Konstantierung des betreffenden Arbeiterrates geschehen. Es erscheint ein lafonischer Anschlag des Anstalts, daß die Lohnzahlung für die so und sovielle Lohnwoche dann und dann geschieht. Untergeordnet: Der Arbeiterlohn. — Die Dienstleitung. Eine Anstellung, weshalb die Arbeiter ihr Geld nicht erhalten, erscheint weder den Vorgesetzten noch denen des Arbeiterrates notwendig. Zugegeben, daß die Dienstleitung der nötigen Gehälter der Firma monatlich Samstags leisten muß! Es soll auch einmal hingehen, wenn man auf sein Geld ein paar Tage warten muß, aber das darf und kann doch auf die Dauer nicht so weiter gehen. Die Unzufriedenheit der Arbeiter hat sich bereits bis zur Erschütterung gesteigert. Ja, wenn die Firma noch einigermassen erträgliche Löhne zahlen würde, Einseiner dieses ist als Transportarbeiter beschäftigt, eine Arbeiterkategorie, die augenblicklich bei der Umstellung zur Friedensarbeit im Verein mit Schlossern und anderen Handwerkern, mit den schwersten und unangenehmsten Arbeiten betraut ist. Der Stundenlohn für Arbeiter ist dabei 1,25, bei Schlossern 1,70 bis 1,95 M. Jeder Berliner Arbeiter laßt uns aus, daß wir für sich einen geringen Lohn arbeiten. Für den Einzelverdienst kommt ein Wochenlohn von 65 M. heraus, davon soll eine fünfköpfige Familie leben. Was das heißt, wird jeder Einsichtige klar und deutlich sehen. Als wir leinereit wegen der unzulänglichen Löhne in den Ausland treten wollten, da wurden wir vom Arbeitgeber auf die Kollektivverträge verwiesen, die bestimmt vor Weihnachten herauskommen sollten, wie die Regierung versichert hatte! Fragt man heute danach, so weiß kein Mensch etwas. Wohl schreien allerlei Gerüchte um, aber etwas Positives weiß niemand. Doch sich die Unzufriedenheit und Ungehörigkeit der Arbeiter mit jedem Tag steigert! Ist klar. Wir wollen nicht vier Jahre draußen den Feind vom Lande abgehalten haben, damit nur der Unternehmer und die händliche Reklamation ihre Taschen füllen konnten. Wir verlangen nach unserer Wiederkehr eine erträgliche Ertragsmöglichkeit, wenigstens soviel, damit wir unsere Familien ohne Beihilfe unserer Frauen ernähren können. Wir stellen keine übertriebene Lohnforderungen, aber bei den Löhnen, die die Firma S. u. H. jetzt einzelnen Arbeiterkategorien zahlt, ist es schierendings unmöglich, durchzukommen. Man könnte fast versucht sein, Arbeitslohn zu werden, denn S. u. H. meine Arbeitslohnunterstützung beträgt 13,25 M. täglich, während mein Arbeitsverdienst bei schwerer und schmutziger Arbeit nur knapp 11 M. beträgt.

Groß-Berlin

Haftbefehl gegen den ehemaligen Führer der Volksmarinedivision.

Und wird berichtet: Gegen den früheren Führer der Volksmarinedivision den verhafteten ehemaligen Oberleutnant Lorenz, ist jetzt ein Haftbefehl erlassen worden. Wie berichtet, hält sich Lorenz gegenwärtig in Johannisthal auf, nachdem er in Arel vergeblich versucht hat, einen belidewischen Putsch zu veranstalten. Gegen Lorenz ist seitens der Volksmarinedivision ein ziffiges Anklagematerial zusammengebracht worden. Wie jetzt feststeht, ist Lorenz allein es gewesen, der im Auftrag seiner Vorgesetzten die Vorgänge vom 23. und 24. Dezember inszenierte, um den

Sturz der Regierung herbeizuführen. Interessant ist es zu sehen, daß Lorenz im Auftrag Viehhardt und Rosa Luxemburg gehandelt hat. Man hat in den letzten Tagen eine umfangreiche Korrespondenz zwischen Lorenz und den beiden verstorbenen Parteiführern aufgefunden. Vordringendste verkehrten Viehhardt und Rosa Luxemburg nur schriftlich mit Lorenz, indem sie sich eines Schiffs in den Briefen bedienten. Aus dieser Korrespondenz dürfte die Öffentlichkeit wohl auch Interessantes über das Zusammenarbeiten Viehhardt und Viehhardt erfahren. Es ist nunmehr auch festgestellt worden, daß die Festlegung der Reichsregierung am 23. Dezember auf einen Befehl Lorenz gegen den Willen der Parteiführer erfolgt ist. Wegen dieser Eigenmächtigkeit zur Rede gestellt, entschuldigte sich Lorenz damals, daß man ihn offenbar mit Überhand habe. Der Parteivorstand im Dezember u. J. ist von Lorenz mit Hilfe eines gefälschten Testaments Anstalt erzeugt worden. Die Regierung hatte mit den Mitgliedern der Volksmarinedivision einen Vertrag dahingehend abgeschlossen, daß den Matrosen der noch aufstehende Sold gezahlt werden würde, wenn sie die Schiffe des Reiches bei dem bevorstehenden Kommandanten Befehl abliefern. Lorenz hat eine Protokollsammlung in das „Schwarzrotgoldhaus“ ein und zeigte dort den Kommandanten einen zwischen dem Finanzministerium und ihm als Bevollmächtigten der Matrosen, angefertigten Vertrag, nach welchem Lorenz die Schlüssel im Finanzministerium abliefern sollte. Dieser Vertrag trug die Unterschriften Sadekum und Simon. Wie es sich später herausstellte, hat Lorenz diese Unterschriften glatt gefälscht, um die Matrosen gegen Vieh, dessen persönlicher Feind er war, aufzustehen und für seinen verhassten Staatsfeind gewinnen zu können. Lorenz hat dann auch gegen den Willen der Kommandanten der Volksmarinedivision Viehhardt und Bedeure im Reichstag untergebracht und zugelassen, daß die Revolutionäre Obleute dort ihre Anhänger mit den Waffen des künftigen Schicksal versehen. Lorenz hat, als ihm der Boden unter den Füßen zu weich wurde, die Divisionskassette nicht rechtzeitig revidiert.

Nach in den letzten Tagen haben bei der Volksmarinedivision Rechnungen zahlreicher Geschäfte ein, bei denen Lorenz auf Kosten der Matrosen Einkäufe für sich gemacht hat.

Radel in Berlin?

Nach dem allgemeinen Zusammenbruch des Spartakusbundes hatte der Korrespondent der Zeitung „Volkswacht“ a. d. Radel es vorgezogen, aus Berlin zu verschwinden. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist Radel seit zwei Tagen wieder aufgetaucht und hat bereits versucht, die Verbindung mit den gegenwärtig sehr verstreuten Führern der Spartakusbewegung wieder aufzunehmen. Radel hat, dem Muster anderer Spartakisten folgend, keine feste Wohnung, sondern hält sich bald hier, bald dort bei Freunden, meist Ruffen oder Polen auf. Man hat wiederholt beobachtet, daß er in einer kleinen Villa des vornehmen Reichs abzuweilen pflegt. Radel ist nunmehr sehr misstrauisch geworden und wird von einem zuffischen Agent beobachtet.

Für die Opfer des Vorkriegslandes

Für die Opfer des Vorkriegslandes gingen bei uns ein: Otilie Dienrichs 8.— M., Gise Vobbe 2 M., Anneliese der Zeislerstraße 144.— M., Ede Mauer 20.— M., Preller 5 M., Schmidt 8.— M., St. 50 M., Doster u. Frau 8 M., G. B. 5 M., Angewandte Siemens-Schubert-Weite 117.— M., Fritze von der Puma Warg u. Berndt 22,55 M., Dr. G. 106.—, P. 2 85 2.—, Von einem Schneider-Anwalten 10.—, Jechow 3.—, Lager 3.—, Dr. Schloffer 100.—, Geschäftleitung und Arbeiter der Vorkriegsfabrik Berlin u. Amd. Berlin 395,65 M.

Reichsgemeinnutz-Dienstmittel. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, einen der Einbrüche festzunehmen, die leinereit in dem Goldmangengeschäft Meier, Gülinghausen in der Potsdamer Straße für 60 000 M. Juwelen und 10 000 M. Geld erbeuteten. Der Verhaftete ist ein Metallarbeiter Paul Tiel. Gleichzeitig wurde ein früherer Metallarbeiter, jetziger Händler J. Kottendorf aus Tegel, als Gehilfe festgenommen, der dort für reich gilt und ein angesehenes Mann ist.

Zum Konflikt in der Westener Ober. Die Versammlung des Gesamtvorstandes der normalen Anstaltlichen Oper, der auch ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volkshilfe sowie Vertreter des Schauspielhauses beizuschließen, hat zu dem Ergebnis geführt, daß trotz zunächst noch unzulänglicher Entscheidung der gestellten Fragen von einer Erneuerung des Arbeits-Vertrages abgesehen werden soll. Die Wünsche und Forderungen der einzelnen Kategorien sollen baldmöglichst durch eine unter Vorsitz des Direktors zusammentrete Kommission geprüft, rechnungsmäßig gegeneinander abgemessen und dann das Ergebnis dem zuständigen Ministerium zur weiteren Entscheidung unterbreitet werden.

Ständige Einkommensmittel. Der Wahlvorsteher des 170. Bezirkes stellt uns mit, daß die für die Liste der Kandidaten abgegebenen 740 von den Unabhängigen Kassenbesitzern Einkommensmittel für gültig erklärt wurden. Der Protest der K. S. P. wurde in das Protokoll aufgenommen.

Witwenrenten, Schätze und Heiber für Witwenrenten. In der Städtischen Heilanstalt, Gieselerstraße 7, werden Kinder, Damen und Herrenkinder sowie Junglingskinder, verheiratete Frauen und Kinderheiber, Herrenkinder und Frauenkinder an Witwenrenten gegen Ausweis über die Bedürftigkeit in der Zeit von 9—12 Uhr abgegeben.

Spandan. Lebensmittel. In der Städtischen Heilanstalt kann montags von 9 bis 12 Uhr vormittags gegen Mitbringung der Reichsmark 1 Pfund gefülltes Rindfleisch (1,60 M.) bezogen werden. Wer auf Zeit 100 der Lebensmittelarie Fleisch bzw. Fleischwaren nicht erhalten hat, bekommt diese in kürzester Zeit. Das Fleisch behält seine Gültigkeit.

Friedrichsfelde. Lebensmittel. Ein kleiner Tofn Aufzucht Kinderzucht steht als Säuglingsnahrung zur Verfügung. Kinder, welche vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1918 geboren sind, erhalten je eine Tofe Kinderzucht (1,00 M.). Die erforderlichen Bedingungen sind im Ernährungsamt Reichshofstr. 12, in der Reichsfelde Friedrichsfelde in Empfang zu nehmen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Kreuzk. Heute, abends 8 Uhr, in der Aula der Realschule, Tobbinsstraße. Funktionärziehung.

Treppan-Baumfchulenweg. Ostteil Baumfchulenweg. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft der am Sonntag zur Dreierwahl sich zur Verfügung stellenden Genossen und Genossinnen bei Erbe, Baumfchulenweg 14, und Oap, Baumfchulenweg 72.

Hermesdorf. Mittwoch, abends 8 Uhr im Väter, Waldsee, Ede Berliner Straße. Mitgliederversammlung der Wahlvereine.

Wahlvereine aus Hermesdorf bei Berlin. Wissen 1905. Herberstraße 50, Temelstr. 63, Feindstr. 451, E. Goye 73, Zentrum 338.

Aus aller Welt.

Ein Anschlag bedroht.

Paris 20. Januar. (Davas.) Gestern Nacht gelang es dem Alger Verrine, auf der Dachterrasse der Galerie Lafayette niederzugehen. Dadurch gewann er den Preis von 25 000 Frank, der für den ersten Sieger ausgesetzt war, dem es gelingen würde, auf dieser vierzehn Meter breiten Terrasse zu landen. Das Flugzeug bedroht nicht 12 Meter. Verrine erklärte, er bereite einen Flug um die Welt vor.

